

<u>öffentlich</u>	öffentlicher Antrag
--------------------------	----------------------------

Geschäftszeichen	Datum 21.06.2023	ANT/2023/018
------------------	---------------------	---------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	Kenntnisnahme	28.06.2023

Interfraktioneller Eilantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke zur Ratssitzung am 12.Juni 2023

Anlage/n

- 1 Interfraktioneller Eil-Antrag_Rücknahme Ordnungsverfügung gegen Regio
Kliniken_Rat_12_06_2023-1



Interfraktioneller Eilantrag der Fraktionen

Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE IM RAT zur Ratssitzung am 12. Juni 2023

Eilantrag

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a) die ausgesprochene Ordnungsverfügung „Untersagung des Betriebes einer Kindertagesstätte ab dem 1.9.2023 auf dem Grundstück Holmer Straße 155e in 22880 Wedel, Gemarkung Wedel, Flur 5, Flurstück 86/4“ an die Geschäftsführung der Regio Kliniken GMBH, spätestens in der KW 25 zurückzunehmen. Damit kann der Kita-Betrieb „Kleine Strolche“ aufrechterhalten werden.**
- b) in den kommenden Monaten eine rechtliche Grundlage dahingehend zu schaffen, dass ein Weiterbetrieb der bestehenden Kita oder ein Kita-Neubau möglich wird.**

Begründung der Dringlichkeit:

-

- Der Rat muss am 12.6.23 die Rücknahme der Ordnungsverfügung beschließen, um die Kita Kleine Strolche im Kita-Betreuungssystem zu halten. Die Ratssitzung am 12.6.23 ist zeitlich gesehen die letzte Chance, um zu verhindern, dass die Geschäftsführung der Regio Kliniken die Kündigungen zum 30.6.23 an die Mitarbeiter*innen der Kita Kleine Strolche in der KW 25 versendet. Kurz danach würden die Kündigungen an die Kita-Eltern folgen. Der Kita-Betrieb wäre damit faktisch beendet. Dies entspräche nicht dem politischen Willen der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE im Rat.
- Die Regio Kliniken (aktuell Träger der Kita Kleine Strolche) haben am 3. und 5. Mai Krisengespräche mit Vertreter*innen der Stadtverwaltung geführt und zum Ausdruck gebracht, dass es bei vorhandenen politischem Willen juristische Möglichkeiten gäbe, die Probleme mit der Baulast für den Kita-Betrieb zu lösen. Es wurde entgegen der ursprünglichen Planung von der Geschäftsführung der Regio Kliniken der Stadtverwaltung im Mai angeboten, den Kita-Betrieb in eigener Trägerschaft bis zum 31.7.2024 fortzuführen. Dadurch sollte der Verwaltung und der Politik Zeit gegeben werden, die rechtlichen Hürden für einen Kita-Betrieb zu beseitigen. Dieses Angebot wurde am 5. Mai von der Stadtverwaltung abschließend abgelehnt und der Schließungstermin auf den 31.8.2023 festgelegt.
- Die Politik wurde nicht über diese Gespräche informiert. Die Politik wurde zu keinem Zeitpunkt durch eine Mitteilungsvorlage über die rechtliche Argumentation der Stadtverwaltung informiert, die eine Ordnungsverfügung rechtfertigt. Die Politik wurde auch nicht von der Verwaltung darüber aufgeklärt, welche „stichhaltigen“ Gründe aufgeführt werden müssen, um den Kita-Betrieb „Kleine Strolche“ weiterführen zu können.
- Der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Kita-Platz für ihre Kinder wird in Wedel aktuell nicht erfüllt. Durch die Schließung der Kita Kleine Strolche (30 Plätze) verschärft sich die Situation für die Eltern in Wedel noch weiter. Wedel verliert an Attraktivität für junge Familien, die zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf Kita-Betreuung angewiesen sind. Auch die Unternehmen sind darauf angewiesen, dass Wedel über ein bedarfsgerechtes Betreuungssystem verfügt. Die Zahl der Geflüchteten in Wedel nimmt zu, dadurch steigt auch hier der Bedarf an Kita-Plätzen.

- Die Politik hatte bisher keine Gelegenheit, in einem Ausschuss Einsicht in die Betriebsgenehmigung der Kita Kleine Strolche, in den Vertrag zwischen Regio Kliniken und Stadtverwaltung sowie in das letzte Anschreiben des Investors Captiva an die Stadtverwaltung (KW 22) zu erhalten. In einer Kommunalverwaltung muss die Politik jedoch transparent und umfassend informiert sein, um überhaupt entscheidungsfähig zu sein und Verantwortung für Entscheidungen mittragen zu können. Die Politik hätte an der Lösungssuche unter der Prämisse „Erhalt der Kita“ beteiligt werden müssen, wozu zwingend alle erforderlichen Informationen auf den Tisch gehört hätten.

Noch ist es dafür nicht zu spät und wir fordern über die Rücknahme der Ordnungsverfügung einen Neustart der Lösungssuche für den Erhalt der Kita Kleine Strolche.

Für die Ratsfraktionen

Bündnis 90/Die Grünen: Petra Kärgel, Verena Heyer, Patricia Römer, Thomas Wöstmann

SPD: Christian Freitag

DIE LINKE IM RAT: Dr. Detlef Murphy